

1 **Lebenswertes Sachsen-Anhalt - Nachhaltige und bürgernahe Energieversorgung als Antwort auf**
2 **den Klimawandel**

3
4 Bevor die Menschen ihre Energieversorgung im Zuge der Industrialisierung auf fossile Energieträger
5 umstellten, nutzten sie schon seit Jahrtausenden die natürlichen Kräfte der Sonne, des Wassers und
6 des Windes. Mit dem Aufkommen des Wissens um die durch Menschen gemachten Ursachen des
7 Klimawandels ist der Mensch erneut bestrebt, seinen Energiehunger aus Erneuerbaren Energieträgen
8 zu stillen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat dabei viele unterschiedliche Erfordernisse und
9 Herausforderungen zu berücksichtigen. Zum einen ist die im Zuge der Rückbesinnung auf Erneuerbare
10 Energien eingeleitete Energiewende zum Sinnbild der deutschen Antwort auf den Klimawandel
11 geworden, zum anderen bestehen Zielkonflikte über die genaue Ausrichtung der Energiepolitik. Da-
12 bei gilt es, die Herausforderung zu bewältigen. Leitanforderungen einer Energiepolitik mit den unter-
13 schiedlichen Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltver-
14 träglichkeit sind gleichermaßen zu sichern. Außerdem gilt es, einen vernünftigen Ausgleich zu finden
15 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Interessen der davon betroffenen Bürger.

16
17 Unsere Wirtschaft in Sachsen-Anhalt benötigt Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen.
18 Sowohl für die Wirtschaft als auch für den Bürger muss dabei stets die Versorgungssicherheit ge-
19 währleistet sein. Obwohl gegenwärtig in unserem Land bereits mehr Energie durch Erneuerbare
20 Energien erzeugt, als tatsächlich verbraucht wird, ist das Problem der schwankenden Verfügbarkeit
21 Erneuerbarer Energie noch nicht gelöst. Durch einen höheren Anteil der Erneuerbaren Energien sind
22 die Netzentgelte in Sachsen-Anhalt höher als in anderen Bundesländern und für unsere Unterneh-
23 men existiert ein unfairener Wettbewerbsnachteil. Wir unterstützen deshalb alle Initiativen, die auf
24 eine deutschlandweite Vereinheitlichung setzen.

25
26 Sachsen-Anhalt ist Vorreiter und besitzt beim weiteren Ausbau und der Entwicklung der Erneuerba-
27 ren Energien ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Für die Zukunft bedarf es eines gemeinsamen
28 ideologiefreien Handelns der Akteure im Land, um den Problemen durch Innovationen zu begegnen.
29 Mit exzellenten Forschungseinrichtungen und zahlreichen Unternehmen aus der Branche vereint
30 unser Land sowohl die wissenschaftliche Expertise als auch die Fähigkeit, die Entwicklung der Ener-
31 giewende für die heimischen Unternehmen zu nutzen.

32
33 Bei allem politischen Handeln gilt dabei der Grundsatz, dass die Bedürfnisse des Menschen stets im
34 Zentrum stehen sollten. Das bedeutet auch, dass unsere konventionellen Energieträger zwar mittel-
35 fristig durch erneuerbare zu ersetzen sind. Bei diesem Umbau bleiben die konventionellen Energie-
36 träger – auch mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit - wichtige Brückentech-
37 nologien.

38
39 Lebensgrundlage sichern, Überleben ermöglichen

40
41 Der vollständige Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen wird und muss erfolgen, weil
42 fossile Energiequellen endlich sind und mit ihrer Nutzung Treibhausgasemissionen einhergehen. Die
43 internationale Staatengemeinschaft hat auf dem Weltklimagipfel in Paris mit der dort geschlossenen
44 verbindlichen Vereinbarung ihren gemeinschaftlichen Willen zum Ausdruck gebracht, die treibhaus-
45 gasbedingte globale Erwärmung auf weniger als 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu
46 begrenzen. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn im Bereich der Energieerzeugung – der weltweit
47 größten Quelle für Treibhausgasemissionen – langfristig der Umstieg auf Erneuerbare Energien ge-
48 lingt. In Deutschland ist unter Berücksichtigung des beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie
49 der zielgerichtete Ausbau der Erneuerbaren Energien für das Erreichen der nationalen Klimaschutz-
50 ziele von elementarer Bedeutung.

52 Seit dem energiepolitischen Konzept der Bundesregierung aus dem Jahre 2010 ist der Ausbaupfad
53 der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 100% in 2050 festgeschrie-
54 ben. In Sachsen-Anhalt haben wir das Ausbauziel für 2035, einem Anteil von rund 57 Prozent der
55 Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch aufzuweisen, bereits erreicht. Unser Land ist somit
56 Vorreiter bei der Energiewende und leistet damit einen wichtigen Beitrag für das Erreichen der nati-
57 onalen Klimaschutzziele.

- 58 • Wir begrüßen den Ausbau der Erneuerbaren Energien insbesondere auf Konversionsflächen,
59 Der bisherig starke Ausbau in den ostdeutschen Bundesländern spiegelt die Relevanz der Flä-
60 chenverfügbarkeit wieder. Einen Ausbau erneuerbarer Energien auf Flächen zur Lebensmit-
61 telproduktion lehnen wir entschieden ab. Dadurch konnte bereits auf Initiative von Sachsen-
62 Anhalt eine ungehinderte Flächenausweitung auf Ackerböden verhindert werden.
63 • Zudem belegen Studien, dass die ausgewiesenen Flächen in Sachsen-Anhalt bereits ausrei-
64 chend sind, um durch Nutzung von Wind-, Bio-, und Solarenergie eine bilanzielle Vollversor-
65 gung mit Strom im Land zu erreichen. Somit ist eine Ausweitung der bereits ausgewiesenen
66 Vorrang- und Eignungsgebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen nicht notwendig.
67 Dabei lehnen wir Windenergieanlagen im naturbelassenen Wald grundsätzlich ab.

68

Energieeffizienz als Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung

69 Auch mit Erneuerbaren Energien wird in die Natur eingegriffen. Somit ist die Energie, die erst gar
70 nicht nachgefragt wird, die klimaneutralste „Energie“. Dementsprechend gilt es, die Energieeffizienz
71 in allen Bereichen des Lebens zu erhöhen.

- 72 • Techniken zur Energieeinsparung sind zu erforschen, Maßnahmen zur Energieeinsparung
73 sind gezielt zu fördern, um den Endenergieverbrauch zu senken. Hierbei hat gerade das Land
74 eine Vorbildfunktion, die es wahrzunehmen gilt. So ist beispielsweise die Erhöhung der Ener-
75 gieeffizienz landeseigener Liegenschaften stärker in die Anstrengungen des Landes mit ein-
76 zubeziehen. Das Landesprogramm STARK III zur energieeffizienten Sanierung von Kinderein-
77 rrichtungen, ist bereits ein erfolgreiches Beispiel für den zielgerichteten Einsatz von EU- und
78 Landesmitteln.
79 • Die Energieeffizienz soll insbesondere durch Ausbau dezentraler Energieumwandlung auf Ba-
80 sis biogener Brennstoffe in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit maximal möglichen Wir-
81 kungsgraden insbesondere bei Gebäuden in privater oder öffentlicher Hand erhöht werden.
82 Denn im Bereich alter Eigenheime und Wohnungen liegt ein enormes Einsparungspotenzial.
83 • Bei allen Anstrengungen zur Erhöhung der Energieeffizienz darf es allerdings nicht dazu
84 kommen, dass die Bürger durch verpflichtende zu stark belastet werden. Wen staatliches
85 Handeln als Ökodiktatur empfunden wird, geht Vertrauen verloren. Es sind vielmehr Unter-
86 stützungsleistungen und Förderungen für Investitionen zu entwickeln, die sich für die Eigen-
87 tümer bereits kurzfristig rentieren. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag, energetische Sa-
88 nierungen steuerlich zu begünstigen.
89 • Gleicher gilt für Maßnahmen der Suffizienz. Suffizienz sollte als Beitrag zur Energiewende in
90 Form von veränderten sparsameren Verhalten der Energieinanspruchnahme betrachtet wer-
91 den. Hierbei kann über Aufklärungsarbeit ohne Verzicht oder Einbußen der eigenen Lebens-
92 qualität ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Wer Suffizienz jedoch als Deckmantel für die
93 Erhöhung von Steuern – wie der Ökosteuer – nimmt und damit Autofahren weiter verteuert,
94 widerstrebt diesem Konzept entschieden.

95

Akzeptanz als Erfolgsschlüssel einer erfolgreichen Energiewende

96

97 Die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ist für den weiteren erfolgreichen Ausbau
98 der Erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt unverzichtbar. Dafür muss gewährleistet werden, dass

101 regionale Wertschöpfung im Kontext der Energiewende entsteht und bestehende gesichert wird
102 oder gar gesteigert werden kann. Die Bürgerbeteiligung ist dabei Grundpfeiler der Akzeptanz.

103
104 Im Vergleich zu anderen Flächenländern besteht hier in Sachsen-Anhalt Steigerungspotenzial in eben
105 dieser Einbindung in neue regionale Energieversorgungskonzepte im Rahmen der Energiewende.
106 Bürgerliches Engagement kann einen wichtigen Teil zum Gelingen der Energiewende sowohl im Be-
107 reich des Ausbaus Erneuerbarer Energien als auch zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Energie-
108 einsparung.

109
110 Daher fordern wir:

- 111 • Berücksichtigung der Bürgerinteressen bei der Planung und Errichtung von Anlagen zur Er-
112 zeugung nachhaltigkeitsgerechter Energien (z.B. entsprechende Abstandsregelungen); Kon-
113 zentration der Tätigkeit der bestehenden Landesenergieagentur auf diese Aufgabe.
- 114 • Verbesserung von Fördermöglichkeiten für Bürgerenergieprojekte
- 115 • Unterstützung bei der Akquise von Bundes- und EU-Mitteln
- 116 • Stärkere Vernetzung der handelnden Akteure im Land und Ausbau der energetischen Mo-
117 dellregionen und Kernkommunen
- 118 • Einbindung weiterer Akteure, bspw. Wohnungswirtschaft zur Umsetzung von Mieterstrom-
119 modellen
- 120 • Prüfung von Landesbürgschaften für Bürgerenergieprojekte
- 121 • Um die Akteursvielfalt bei den Erneuerbaren Energien zu fördern, bedarf es weiterer Verbes-
122 serung der Rahmenbedingungen.

123 124 Christdemokratische Energiepolitik: Gerecht und marktwirtschaftlich orientiert

125
126 Es war eine Koalition aus CDU/CSU und FDP, die 1991 das sogenannte Stromeinspeisegesetz verab-
127 schiedete. Damit sollte erstmals auch den Betreibern kleiner Anlagen, die Elektrizität aus Wasser,
128 Wind, Sonne und Biogas herstellten, ein diskriminierungsfreier Zugang zum Netz und eine marktwirt-
129 schaftlich gerechte Mindestvergütung gewährleistet werden. Zugleich wurden die Netzbetreiber
130 verpflichtet, diese Energie abzunehmen. Der Preis dieser Energie blieb aber am Markt orientiert.
131 Sowohl Atom, Kohle und Öl als auch die marktbeherrschenden Energieerzeuger hatten erstmals
132 Wettbewerber. So wurden bereits damals faire Wettbewerbsbedingungen für die Erneuerbaren
133 Energien geschaffen und die Liberalisierung des Energiemarktes forciert.

134
135 2000 verabschiedete die damalige rot-grüne Bundesregierung das sogenannte Erneuerbare-
136 Energien-Gesetz (EEG). Damit ersetzte eine rot-grüne Regierung den wettbewerblichen Ansatz des
137 Stromeinspeisegesetzes. Insbesondere im uneingeschränkten Einspeisevorrang der Erneuerbaren
138 Energien und in einer Mindestvergütung über dem Marktpreis wird dies kenntlich. An diesem syste-
139 matischen Fehler kranken das EEG und damit die Energiewende leider bis heute. Durch diese Fehlan-
140 reize erfolgte der Zubau Erneuerbare Energien, was zu Netzproblemen und erheblich steigenden
141 Kosten geführt hat. Konkret stellt das EEG zwar eine wichtige Garantie für den Einspeiser dar, seine
142 Mengen an Energie zu konstanten Preisen verkaufen zu können. Die Kostendifferenz zwischen Bör-
143 senpreis und garantiertem Mindestpreis wird allerdings durch das von Rot-Grün ersonnene Vergü-
144 tungsmodell auf alle Stromzähler abgewälzt (EEG-Umlage). Aktuell belastet die EEG-Umlage die deut-
145 schen Stromverbraucher mit 6,354 Cent/KWh. So wurden 2015 über 23 Mrd. Euro von den Strom-
146 kunden an die Einspeiser umverteilt. Für 2017 ist eine weitere deutliche Erhöhung geplant.

147
148 Die letzten Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erfolgten daher mit der Absicht, den
149 weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien bewusster zu gestalten und so die Kosteneffizienz zu
150 steigern. Das EEG 2014 enthielt erstmals eine Regelung über die Pilotausschreibung zur Förderung
151 von Photovoltaik-Freiflächenanlagen und damit einen Schritt in Richtung Marktwirtschaft. Ab 2017

152 soll die Förderung für Erneuerbare Energien grundsätzlich auf Ausschreibungen für Windenergiean-
153 lagen an Land und auf See sowie für große Photovoltaikanlagen umgestellt werden. Damit wird ein
154 besonderes Augenmerk der Einhaltung der Ausbaukorridore zukommen, um einen bewussten Um-
155 stieg auf Erneuerbare Energien bei gleichmäßiger Beachtung der Zielkriterien Wirtschaftlichkeit und
156 Versorgungssicherheit und eben Umweltverträglichkeit zu gewährleisten.

157

158 Wir fordern:

- 159 • der Entwicklung leistungsfähiger Stromzwischenspeicher und Power-to-x eine größere Be-
160 deutung einzuräumen, um die schwankende Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien zu kom-
161 pensieren.
- 162 • den weiteren Netzausbau zu fördern.
- 163 • eine faire Lastenverteilung bei der Nutzung Erneuerbarer Energien.
- 164 • eine Reform der Netzentgelte mit dem Ziel der bundesweiten Angleichung auf der Ebene der
165 Übertragungsnetze voranzutreiben unter der Berücksichtigung der bislang getätigten Investi-
166 tionen.
- 167 • die weitere Unterstützung der Arbeiten für eine stoffliche Nutzung der Braunkohle unabhän-
168 gig von der Stromerzeugung.
- 169 • die verstärkte Schaffung geschlossener Stoffkreisläufe in der Abfallwirtschaft und der energeti-
170 schen Verwertung nicht stofflich verwertbarer Bestandteile.
- 171 • die Fortschreibung der energetischen Biomassenutzung. Neben einem begrenzten Zubau zur
172 weiteren Nutzung von Abfall- und Reststoffen sowie Gülle sind besonders die Fortentwick-
173 lung effizienter und flexibler Biomasseanlagen im Land notwendig. Dabei ist bei der Biomass-
174 ennutzung darauf zu achten, dass sogenannte Energiepflanzen vom Landwirt nicht Pflanzen
175 zur Lebensmittelproduktion vorgezogen werden. Ferner sollte beachtet werden, dass auch
176 bei der Biomasse die Nachhaltigkeitsgerechtigkeit der Prozesse zu gelten hat und der Einsatz
177 regenerativer Energieträger wie Holz auch nur im Maße ihrer natürlichen Regenerationszyk-
178 len zum Einsatz kommen. Hier hat der Staat entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

179

180 Unsere Grundüberzeugung

181 Die Frage, ob eine Energiewende sowohl wirtschaftlich vertretbar, umweltverträglich und unter Ein-
182 haltung der Versorgungssicherheit umgesetzt werden kann, beantworten wir klar mit Ja! Allerdings
183 gilt es, nicht aktionsistisch ideologisiert zu handeln, sondern die Herausforderungen der Energiewen-
184 de stets mit Augenmaß und bürgerlich anzugehen. Dafür setzen wir uns ein.